RIEG
RISE
APITALISMUS

Texte zur antimilitaristischen Debatte



Antifaschistisches / Antimilitaristisches Aktionsbündnis

www.3a.blogsport.de
3a@riseup.net

V.i.S.d.P. Ernst Henning, Budapester Straße 31, 20359 Hamburg



Editorial

Deutschland führt seit langem wieder Krieg. Die Bundeswehr ist aktuell mit über 6.500 Soldaten weltweit an Kriegseinsätzen beteiligt. In Afghanistan, im Kosovo und vor der Küste Somalias setzt sie die Interessen des deutschen Kapitals durch und sichert den Zugang zu Rohstoffen, Handelswegen und Absatzmärkten. Die Rüstungsindustrie boomt und die BRD nimmt momentan den dritten Platz der weltweit größten Waffenexporteure ein. Diese Entwicklungen verdeutlichen, dass der Kampf gegen Krieg und Militarisierung von zentraler Bedeutung ist.

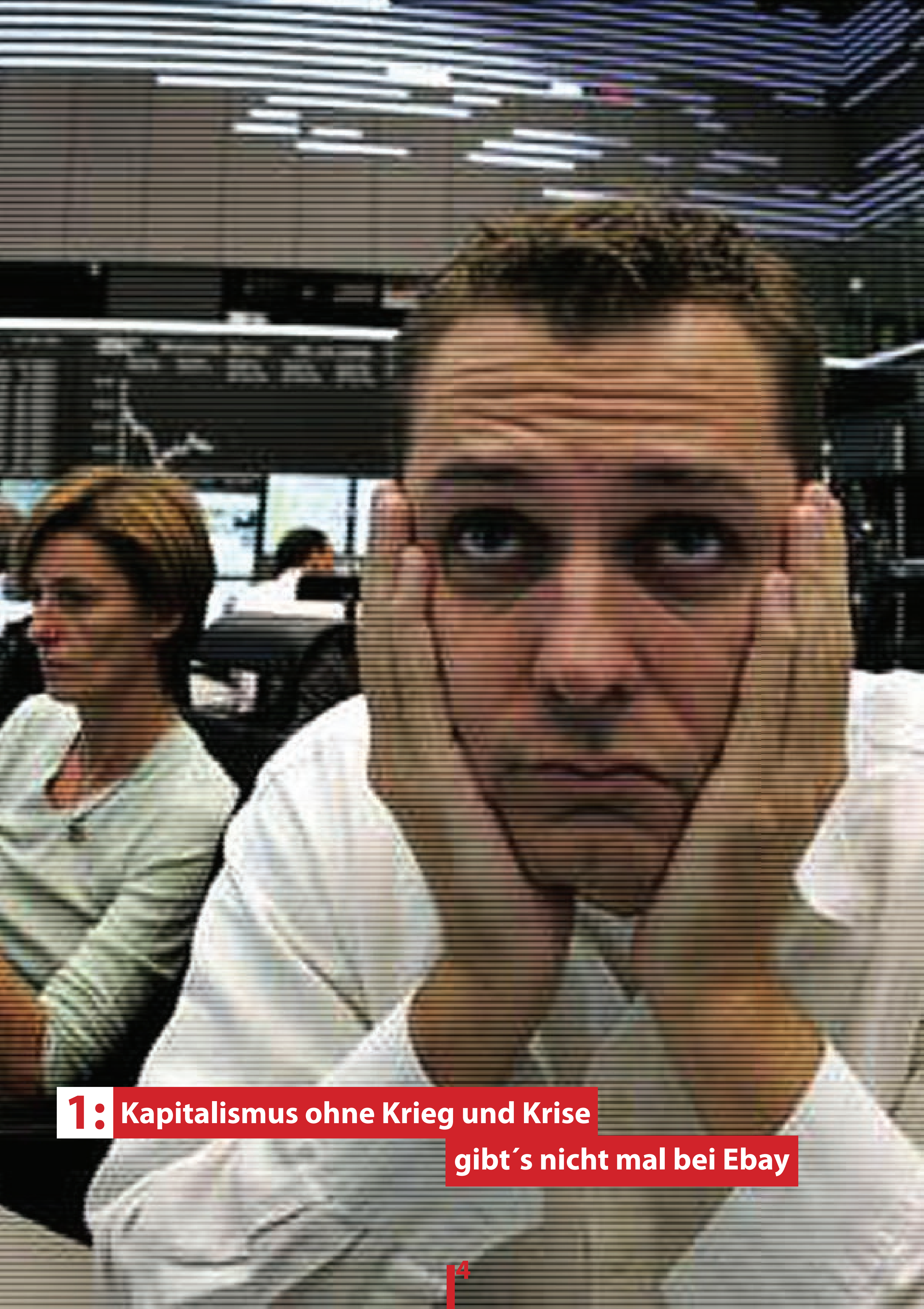
Der Antimilitarismus hat in den letzten Jahren innerhalb der radikalen Linken wieder an Bedeutung gewonnen. Die internationale Mobilisierung gegen den NATO-Gipfel in Strasbourg 2009 und die militanten Aktionen gegen Bundeswehrfahrzeuge haben dazu beigetragen, dass der Kampf gegen Krieg und Aufrüstung mehr Aufmerksamkeit und Präsenz bekommen hat. Um inhaltlich und praktisch im Bereich Antimilitarismus aktiv zu werden, haben sich Anfang 2010 verschiedene revolutionäre Organisationen innerhalb der BRD zusammengefunden.

Bereits bei den Antifa-Aktionen gegen den Naziaufmarsch zum Antikriegstag am 4. September 2010 in Dortmund haben wir mit einem gemeinsamen Aufruf (www.antimildortmund.blogsport.de) antimilitaristische Positionen in die Mobilisierung hineingetragen. Anfang 2011 gibt es mit der geplanten Mandatsverlängerung des Bundeswehreinsatzes in Afghanistan und der NATO-Sicherheitskonferenz (SiKo), die alljährlich in München stattfindet, zwei Termine, bei denen ein entschlossener Widerstand gegen imperialistische Kriege und Besatzungen auf die Straße getragen werden muss.

Diese Broschüre ist das Ergebnis eines gemeinsamen Diskussionsprozesses und soll anlässlich der Mobilisierung gegen die SiKo und die Mandatsverlängerung unsere inhaltlichen Grundlagen darstellen.

Der erste Artikel „Kapitalismus ohne Krieg und Krise gibt's nicht mal bei Ebay" geht auf die aktuelle Weltwirtschaftskrise ein und soll aufzeigen, warum der Kapitalismus zu Krisen und Kriegen führt. Der folgende Artikel „Der Kapitalismus trägt den Krieg in sich wie die Wolke den Regen" geht auf die aktuellen Kriegseinsätze von Bundeswehr und NATO und die vorgeblichen und tatsächlichen Gründe für diese Kriege ein. Dabei werden auch die Rolle der NATO, der Europäischen Union und die innerimperialistischen Widersprüche behandelt. Der letzte Artikel „Innere Aufrüstung und Repression" beschäftigt sich mit der Entwicklung der staatlichen Aufrüstung in der BRD und ihren Hintergründen, sowie den sich daraus ergebenden Folgen und notwendigen Herangehensweisen für die revolutionäre Linke. Am Schluss der Broschüre wollen wir mit einem kurzen Selbstverständnis auf die Motivationen und Grundlagen unserer Vernetzung eingehen.

Antifaschistisches / Antimilitaristisches Aktionsbündnis
Januar 2011



1: Kapitalismus ohne Krieg und Krise gibt´s nicht mal bei Ebay

Die weltweite Krise ist aus der öffentlichen Wahrnehmung weitestgehend verschwunden. Gebetsmühlenartig wird eine neue Aufschwungphase beschworen und tatsächlich deuten erste Zahlen in diese Richtung. Zwar sind einige Banken und Unternehmen haarscharf am Bankrott vorbeigeschrammt oder pleite gegangen, alles in allem scheint das kapitalistische System aber wieder einmal mit einem blauen Auge davongekommen zu sein. Festzuhalten bleibt allerdings, dass sich die Weltwirtschaft zwischen 2007 und 2010 in der schwersten Krise seit den 1930er Jahren befand. Und ob die Krise wirklich vorbei ist oder wir unmittelbar vor einem erneuten Einbruch stehen, daran scheiden sich die Geister. Die sozialen Folgen der Krise sind jedenfalls noch lange nicht ausgestanden. Viele Unternehmen reagierten mit Kurzarbeit, drastischen Lohnsenkungen und der Flexilibisierung von Arbeitszeiten. Den meisten Staaten stehen umfangreiche „Sparmaßnahmen" bevor, die einen weitreichenden Sozialkahlschlag bedeuten. Ganze Länder melden den Staatsbankrott an.

In den bürgerlichen Medien wurden verschiedene Erklärungsansätze für die Krise präsentiert: Banker und Spekulanten hätten sich ihrer Risikolust hingegeben und seien für die Krise verantwortlich zu. „Explodierte Finanzblasen" werden als Auslöser der Krise ausgemacht. Um den „gierigen Managern" beizukommmen, müsste man Banken und Versicherungen mit Hilfe von Gesetzen und Vorgaben stärker regulieren. Staatsbankrotte, beispielsweise in Griechenland, wurden mitunter damit begründet, dass die Griechen „über ihre Verhältnisse gelebt" hätten und nun ihre „gerechte Strafe" bekämen. Die europäischen Regierungen seien gnädigerweise eingesprungen und hätten „Rettungspakete" verabschiedet. Die Verklärung der Krise wurde von einer demagogischen Stimmungsmache begleitet. Dem Diskurs über „gierige Manager" folgte die Debatte über angebliche „Hartz-IV-Betrüger" oder „integrationsverweigernde Migranten", um von der Armutsentwicklung und den strukturellen Problemen abzulenken.

Die staatlichen Maßnahmen zur Krisenbewältigung kommen bei genauerem Hinsehen natürlich nicht der Bevölkerung der betroffenen Länder zugute, sondern retten allein die Banken und Konzerne. Die Regierung erzählt uns, dass wir alle den Gürtel enger schnallen müssten. Tatsächlich soll die Hauptlast der Krise auf die Schultern der ArbeiterInnen, Erwerbslosen und MigrantInnen abgewälzt werden: Kopfpauschale, Kürzungen bei Elterngeld und Renten von Hartz-IV-EmpfängerInnen, Sozialkahlschlag in den Kommunen usw. sind die „Lösungen" der herrschenden Klasse. Die Behauptung, dass Spekulanten und „gierige Manager" schuld an der Krise seien, wie uns bürgerliche Medien und Politiker weismachen wollen, greift zu kurz. Die Ursachen liegen viel tiefer.

DER KAPITALISMUS IST DIE KRISE

Obwohl der Ausbruch der Krise zunächst in der Finanzwelt sichtbar wird und viele Menschen fälschlicherweise davon ausgehen, dass die Börsencrashs die Ursachen seien, sind die Gründe der Krise in der kapitalistischen Produktionsweise selbst zu suchen. Der Klasse der Kapitalisten steht die Klasse der Lohnabhängigen gegenüber, die über keine Produktionsmittel verfügt und zum Verkauf ihrer Arbeitskraft gezwungen ist. Die Produktion ist gesellschaftlich organisiert und die ArbeiterInnen produzieren gemeinsam. Der Kapitalist eignet sich die Profite, die durch den Verkauf der Waren erzielt werden, privat an. Sinn und Zweck der kapitalistischen Produktionsweise ist die Verwertung von Kapital mit einem größtmöglichen Profit. Die Krisen machen den Widerspruch zwischen

KRISE KONKRET

Beispielhaft für die Auswirkungen der Krise einer Branche auf die Gesamtwirtschaft ist die Automobilindustrie. In Nordamerika gab es 2008 bis 2009 einen Rückgang der Aufträge um 25%, gegenüber dem Jahr 2001 verzeichnete die Automobilproduktion einen Einbruch um fast 50%. In Westeuropa gab es zwischen 2008 und Ende 2009 einen Auftragsrückgang von 20%. Nur Osteuropa konnte in der letzten Zeit deutlich zulegen: Die Produktion von Automobilen im ehemaligen Ostblock verdoppelte sich, bleibt aber im Gesamtumfang irrelevant. Auch einige asiatische Länder, besonders China, konnten ihre Produktion ausweiten. Die Nachfrage nach kleinen und mittleren PKW sinkt, deren Produktion ca. 60% des Branchenumsatzes ausmacht. Auch die Nutzfahrzeugproduktion brach 2009 um 59% ein (Inland: 31% / Export 81%). Allein die Herstellung von Luxus-PKW läuft vergleichsweise gut. Der Einbruch ist der größte seit der Weltwirtschaftskrise von 1929. An der Autoindustrie hängt nahezu jeder Wirtschaftszweig. Die Chemische Industrie liefert den Lack, die Schwerindustrie die Karosserie, die Elektroindustrie die Elektrik usw. Durch einen zurückgehenden Absatz von Autos machen die Autohersteller Verluste. Die Produktionen werden zurückgeschraubt und der gesunkenen Nachfrage angepasst. Bestellungen bei den zuliefernden Industrien werden storniert. Auf die geringe Nachfrage reagieren die Zulieferer ebenfalls mit gedrosselter Produktion. Wenn es keine Lieferungen gibt, haben auch die Logistikunternehmen leere Auftragsbücher.

Auch an der IT-Branche, die jährlich 3,4 Billionen Dollar umsetzt (2008), ging die Krise nicht spurlos vorbei. Innerhalb der Branche existieren die Segmente Hardware, Speichertechnik und Software. Allein die Speichertechnik, die als Kernbereich gilt, erlitt 2009 einen Umsatzeinbruch von 40%. Die Branche insgesamt erlitt einen Umsatzrückgang von 4%. 2008 erhöhte Samsung die Produktion um 50% und überschwemmte den Markt mit preiswerten Chips. Die Folge war, dass 2009 Chips im Wert von zehn Mrd. US-Dollar in den Lagern lagen. Alle Chiphersteller machten 2009 Verluste und die ersten gingen pleite (z. B. Quimonda aus Deutschland mit weltweit 12.000 Beschäftigten). (Zahlen nach: Winfried Wolf, Sieben Krisen – ein Crash, Wien: ProMedia 2009, Kap. 3, S. 42-62)

gesellschaftlicher Produktion, die weltweit vernetzt und arbeitsteilig organisiert ist, und der kapitalistischen Aneignung deutlich.

Die Produktionsmittel der Kapitalisten bestehen aus zwei Teilen: zum einen aus den Maschinen, Rohstoffen und Gebäuden und zum anderen aus den Arbeitskräften. Innerhalb der Entwicklung des Kapitalismus nimmt der Anteil an Maschinen durch die voranschreitende Technologisierung der Produktion einen immer größeren Umfang an. Es werden zur Produktion von immer größeren Mengen an Waren immer weniger Arbeitskräfte benötigt. Doch nur die Arbeitskräfte erzeugen Mehrwert. Daraus ergibt sich im Kapitalismus der tendenzielle Fall der Profitrate. Damit ist aber nicht gemeint, dass die Profitrate linear sinkt, denn es gibt verschiedene Faktoren, die ihrem Fall entgegenwirken. So versucht das Kapital etwa, neue Absatzmärkte zu erobern oder die ArbeiterInnen stärker auszubeuten.

Jeder Kapitalist will seinen Marktanteil erhöhen, um seinen Profit zu steigern. Ob eine entsprechende Nachfrage nach produzierten Waren besteht, zeigt sich trotz vielfältiger Kalkulationen im Vorfeld aber erst auf dem Markt. Das ist Spekulation. Um Marktanteile und größtmögliche Profite tobt ein Konkurrenzkampf unter den verschiedenen Kapitalisten. Durch die Einführung neuer Maschinen und Technologien versuchen sie, sich gegenseitig den Rang abzulaufen. Der Zwang, immer mehr Profite zu erwirtschaften, verursacht immer auch Produktionsmengen über das Wachstum der Absatzmärkte hinaus. Die Unternehmen planen unabhängig voneinander und investieren ihr Kapital in profitversprechende Bereiche, ohne zu wissen, was die Konkurrenz tut. Bei den heutigen Krisen handelt es sich daher um Überproduktionskrisen. Zudem hat die Produktivität durch moderne Technik, Automatisierung und Mikroelektronik eine Stufe erreicht, die es erlaubt, die Produktion innerhalb kürzester Zeit extrem auszudehnen und ungeheure Warenmengen zu produzieren. Der Kapitalismus stößt an seine Grenzen: Immer größere Mengen Kapital treffen auf begrenzte Märkte, was den Kapitalismus nicht nur in zyklische sondern in eine strukturelle Krise bringt.

Wirtschaftskrisen gab es natürlich auch vor dem Kapitalismus. Diese Krisen waren allerdings durch Mangel gekennzeichnet und wurden häufig durch Naturkatastrophen (bspw. Dürre oder Überflutung) ausgelöst. Anders als in vorkapitalistischen Gesellschaften werden heutige Krisen jedoch nicht durch Mangel sondern durch Überfluss verursacht. Dieser Überfluss bedeutet jedoch nicht, dass alle Bedürfnisse der Menschen befriedigt sind, schließlich mangelt es ganzen Weltregionen an Nahrung, Wasser, Häusern und vielem mehr. Im Jahr 2009 hat die Zahl der Hungernden weltweit erstmals mehr als eine Milliarde betragen (Spiegel, 14.10.2009), jeden Tag sterben mehr als 100.000 Menschen an den Folgen des Hungers. Auch in Deutschland werden bei weitem nicht alle Bedürfnisse der Menschen gedeckt. Jedes fünfte Kind muss von Hartz IV leben und es gibt ein wachsendes Heer von GeringverdienerInnen. Was den Menschen allerdings zur Befriedigung ihrer Bedürfnisse fehlt, ist die Kaufkraft. Zehntausende Autos bleiben ohne Abnehmer, riesige Warenmengen werden eingelagert oder vernichtet, weil sie nur begrenzt haltbar sind oder um den Marktpreis konstant zu halten. Denn Zweck der kapitalistischen Produktion ist nicht, die Bedürfnisse der Menschen zu befriedigen, sondern maximalen Profit zu erzielen.

KRISENVERLAUF

Vereinfacht stellt sich der typische Krisenverlauf folgendermaßen dar: Krisen treten im Kapitalismus ungefähr alle sieben bis zehn Jahre auf. Seit Anfang des 19. Jahrhunderts hat es mindestens 25 Krisenzyklen gegeben. In der BRD gab es seit dem Zweiten Weltkrieg folgende Krisen, in denen das Wirtschaftswachstum einbrach: 1967, 1975, 1982, 1993, 2003 und die tiefe Krise 2009. Ein Krisenzyklus durchläuft die Phasen Belebung, Aufschwung, Krise und Rezession. In Zeiten des wirtschaftlichen Aufschwungs wird viel in den Bereich der Herstellung von Produktionsmitteln investiert, da die Nachfrage nach Waren hoch ist. Die Produktionskapazität steigt an und ab einem gewissen Punkt werden Überkapazitäten erzeugt. Denn die zahlungskräftige Nachfrage wächst nicht im gleichen Maße wie die Produktion.

Wenn die Nachfrage einbricht, wird die Produktion zurückgefahren, Lohnabhängige werden entlassen und einige Unternehmen gehen pleite. Die Preise für Rohstoffe sinken. In der Krise wird somit massiv Kapital entwertet. Wenn der Markt durch die Krise bereinigt wurde, kann ein neuer Zyklus mit einem neuerlichen Aufschwung beginnen. Die Nachfrage beginnt zu steigen, Investitionen in neue Maschinen werden getätigt und eine neue Runde des kapitalistischen Irrsinns nimmt ihren Lauf.

„KRISENBEWÄLTIGUNG“ AM BEISPIEL GRIECHENLAND

Wie die imperialistischen Großmächte versuchen, die Krisenfolgen auf andere Länder abzuwälzen, lässt sich eindrucksvoll in Griechenland beobachten. Der Internationale Währungsfonds (IWF) und die Europäische Kommission arbeiteten eine umfangreiche „Strukturanpassung“ für Griechenland als Voraussetzung für Staatskredite aus. Das von der aktuellen Krise in den Ruin getriebene Land wurde, um den Staatsbankrott abzuwenden, vom IWF unter Kontrolle gestellt. Die griechische Regierung unterzeichnete einen Knebelvertrag, der weitreichende Privatisierungen, Öffnung der Märkte und zahlreiche Entlassungen und soziale Einschnitte bei der lohnabhängigen Bevölkerung vorsah. Dafür erhielt sie einen Kredit über 80 Mrd. Euro von der Europäischen Zentralbank (EZB) und 30 Mrd. vom IWF. Hieran zeigt sich auch die Rolle der Europäischen Union (EU). Während der gemeinsame Wirtschafts- und Währungsraum den einzelnen Nationalstaaten der EU zusätzliches politisches und ökonomisches Gewicht verleiht, werden die Zwänge der globalen Konkurrenz sowie die Krisenfolgen nach wie vor nationalstaatlich verhandelt.

Der Staatsbankrott Griechenlands ist keinesfalls ein Sonderfall sondern nur der Beginn einer neuen Phase der Krise. Dem griechischen Staatsbankrott folgte Irland. Auch in Spanien und Portugal könnte es zu einer ähnlichen Entwicklung kommen. Die europäischen Staaten haben ein Eigeninteresse daran, bankrotte Staaten zu „retten“. Dies ist allein schon deshalb ökonomisch notwendig, weil der Euro sonst abstürzen könnte.

LEBEN AUF PUMP

Der Zusammenbruch des Immobiliensektors in den USA wurde in den Medien oftmals als Auslöser der Krise dargestellt. Zehntausende Haushalte hatten Kredite für ihre Häuser aufgenommen, die sie in Folge erhöhter Zinssätze sowie sinkendem Einkommen und steigenden Lebenshaltungskosten nicht zurückzahlen konnten. Statt im erhofften Eigenheim fanden sich viele Menschen obdachlos in Zeltstädten wieder.



Kredite sind ein besonders wichtiger Faktor, der heutzutage den typischen Krisenverlauf verzerrt. Kredite spielen in der Krise auf dreifache Weise eine verschärfende und verstärkende Rolle. Die Bedeutung der kreditfinanzierten Nachfrage hat in allen Bereichen – Staat, Privathaushalten und Unternehmen – zugenommen. Unternehmen produzieren seit rund hundert Jahren nicht mehr nur auf Grundlage ihres eigenen Kapitals, sondern zu immer größeren Anteilen mit Krediten. Ein Unternehmen nimmt z. B. für die Produktion von Autos einen Kredit bei einer Bank auf. Wenn die hergestellten Autos dann jedoch nicht verkauft werden können, wird natürlich auch der Kredit nicht zurückgezahlt. Banken, die ihr Geld von immer mehr Kapitalisten nicht zurückbekommen und ohne die anfallenden Zinsen keine Profite machen, steuern auf den Bankrott zu.

Auch in den privaten Haushalten werden immer mehr Waren mit Hilfe von Krediten gekauft. Waren zunächst nur Hypotheken für Häuser üblich, ist es mittlerweile Normalität, auch Autos, Kühlschränke, Fernseher, Computer, Handys, Waschmaschinen und unzählige Dinge mehr auf Pump zu kaufen. Mehr und mehr sind die Menschen gezwungen, ihre heutigen Bedürfnisse mit Waren zu decken, die sie erst in Zukunft bezahlen können. Kredite verzögern den Absatzeinbruch in der Krise, weil auch Menschen, die eigentlich pleite sind, weiterkaufen können und zumindest zeitweise die Nachfrage aufrecht erhalten. So wird der Krisenverlauf verzerrt und verzögert.

Selbst von Staaten werden ständig Kredite in Anspruch genommen. Griechenland, z. B., hat unter anderem von deutschen Finanzinstituten Kredite in Milliardenhöhe bekommen. Durch diese Schuldenaufnahme wurde die Nachfrage erhöht und die deutsche Exportindustrie konnte ihre Absatzmärkte sichern. Die Verschuldung von Griechenland ist im Vergleich mit den USA jedoch unbedeutend. Die USA haben ein riesiges Handelsdefizit und Staatsschulden in Höhe von 13 Billionen Dollar. Durch diese umfangreiche, mittels Krediten erzeugte Nachfrage hatten die USA seit Jahren die Funktion, die weltweite Wirtschaftskonjunktur anzukurbeln, da sie die weltweite Überschussproduktion aufnahmen. Durch die Kredite konnte die Überproduktionskrise hinausgezögert, aber nicht verhindert werden.

GARANT DER HERRSCHAFT: DER BÜRGERLICHE STAAT

Innerhalb des kapitalistischen Konkurrenzverhältnisses rettet jedes Unternehmen für sich allein die Profite, indem es versucht, die Produktion auszuweiten, den Arbeitstag zu verlängern, Kurzarbeit oder Lohnsenkungen durchsetzen. Der Krisenkreislauf wird dadurch weiter angetrieben. Deshalb ist im Kapitalismus eine Instanz nötig, die trotz innerer Widersprüche das System am laufen hält.

Zur Rettung des globalen Finanzmarktes und um die Zahlungsfähigkeit der Unternehmen zu erhalten, steuern die Staaten der Krise mit umfangreichen Regulationsprogrammen entgegen.

Weltweit wurden über neun Billionen Dollar aufgebracht, um Staatsbankrotte abzuwenden und die Gesamtwirtschaft anzukurbeln. Der Erfolg der staatlichen Antikrisenprogramme lässt sich allerdings nicht genau absehen. Zwar kommt es auf den Aktien-, Rohstoff- und Kapitalmärkten zu leichten Erholungen, das Ergebnis bleibt aber offen. Eine neuerliche Kriseninterventionen in diesem Maßstab werden sich die verschuldeten Staaten jedoch kaum leisten können, von den sozialen Folgen für ArbeiterInnen und Erwerbslose ganz zu schweigen.

An der aktuellen Krisenpolitik lässt sich die Funktion der bürgerlichen Staaten gut erkennen. Zur Aufrechterhaltung der herrschenden Ordnung braucht es gewisse Normen und Gesetze, die durchgesetzt werden, um den globalen Konkurrenzkampf zu regeln. Der Staat schützt durch sein Gewaltmonopol die Macht- und Eigentumsverhältnisse im Kapitalismus. Er setzt die Klassengesellschaft in Recht um, sichert die Eigentumstitel, garantiert die gegenseitige Anerkennung der Vertragspartner und schafft den Rahmen für den kapitalistischen Warenverkehr als Ganzes. Der Staat ist ein Organ der Klassenherrschaft, ein Organ zur Unterdrückung der einen Klasse durch die andere, indem er das Privateigentum schützt und die Besitzlosen zum Verkauf ihrer Arbeitskraft zwingt. Mittels Recht und Gesetz sowie Militär und Polizei kontrolliert er, dass sich alle an seine Regeln halten. Widerstand gegen die herrschende Ordnung wird unterdrückt, so z. B. bei Arbeitskämpfen oder Demonstrationen. Die staatliche Repression wird derzeit besonders sichtbar im Einsatz gegen revolutionäre Kräfte in Griechenland. Und auch in Deutschland geht der Staat immer rigider gegen fortschrittliche und revolutionäre Kräfte vor.

Wie der Staat eingreift, wenn das kapitalistische Gesamtinteresse gefährdet ist, zeigen die milliardenschweren Rettungspakete für Banken und Konzerne. In kürzester Zeit wurden Notfallkredite bewilligt und der bundesdeutsche Staatshaushalt mit einem 1,8 Billionen Euro Defizit belastet. Nach Beschluss des G20-Treffen Ende Juni 2010 in Toronto wollen die Staaten ihre Schulden bis 2013 halbieren. Dass die lohnabhängige Klasse dafür zur Kasse gebeten wird, dürfte allgemein bekannt sein.

AUFRÜSTUNG UND KRIEG

In der Krise wird aber nicht allein Geld in bankrotte Unternehmen, Banken und Versicherungen gepumpt, ein kontinuierlich wachsender Teil des Etats fließt in Rüstungsausgaben. Die Ausgaben für das Militär machen mit 31,18 Mrd. Euro den zweitgrößten Posten im Bundeshaushalt aus. Kriegsproduktion treibt zwar die Staatsschulden in die Höhe, bleibt aber ein äußerst lukrativer Wirtschaftszweig, der gerade in Krisenzeiten gute Profitaussichten hat. Die drastische Zunahme des internationalen Waffen- und Rüstungshandels ist ein Indiz für die Zunahme militärischer Konflikte in Zukunft. Auch die deutsche Rüstungsindustrie hat ihre Exporte in den letzten Jahren mehr als verdoppelt. Damit konnte sich die BRD als drittgrößter Waffenexporteur der Welt behaupten.

In vielen Konzernen, die einen militärischen und zivilen Produktionszweig haben, wird vor dem Hintergrund der Krise auf die Kriegsproduktion gesetzt. Das Management bei Boeing und EADS/Airbus reagierte mit einer Verschiebung zu Gunsten des militärischen Geschäfts. ThyssenKrupp setzt verstärkt auf die Marine und Rheinmetall baut das Panzer- und Munitionsgeschäft aus. In vielen Bereichen wie Logistik, Wartung und Versorgung finden direkte Kooperationen von Bundeswehr und Unternehmen statt. Ein Beispiel ist die Gründung einer gemeinsamen GmbH durch das Bundesministerium für Verteidigung und die Rüstungskonzerne Krauss Maffei Wegmann, Industriewerke Saar und Rheinmetall, die für die Instandhaltung von Waffensystemen verantwortlich ist.

Nicht zuletzt in Anbetracht der Krise sucht das Kapital im Krieg einen Ausweg. Durch die massive militärische Produktion entstehen Unmengen an Waren, die regelmäßig vernichtet und anschließend neuproduziert werden – ein gut planbares und milliardenschweres Geschäft. Auf allen Kontinenten findet eine Aufrüstung insbesondere der See- und Luftstreitkräfte statt, weil die Staaten besonders Rohstoffstandorte und Handelswege militärisch sichern wollen. Die Krise bedeutet auch eine Verschiebung im Kräfteverhältnis der imperialistischen Mächte, was unausweichlich eine Verschärfung des Kampfes um Märkte und geostrategische Positionen mit sich bringt.

DIE ORDNUNG DER GLOBALEN KONKURRENZ

Nach dem Ende der Sowjetunion hat sich der kapitalistische Weltmarkt ausgedehnt und verfestigt. Die heutigen Kämpfe um die Neuaufteilung der Welt, um Einflusszonen, Absatzmärkte und Rohstoffe folgen weniger den alten Mustern von Expansion und Eroberung. Aber noch immer drücken die mächtigsten Industriestaaten faktisch kolonialisierte Länder in eine Abhängigkeit, beliefern die dortigen Märkte und besetzen strategisch günstige Punkte. Die imperialistische Ausbeutung funktioniert nicht nur über Krieg und Besatzung. Im Mittelpunkt steht die Ordnung der Handelsbedingungen, einer kalkulierbaren Geschäftswelt, um die Art der Preisbildung und eine Handelswährung durchzusetzen. Über den Abbau staatlicher Handels- und Investitionsbarrieren werden die verschiedenen Länder in den kapitalistischen Weltmarkt „integriert“, was die Verschärfung der globalen Konkurrenz zur Folge hat, denen die wenigsten Regionen standhalten können und die sie weiter in die Abhängigkeit drängt.

EXIT!

Die Begleiterscheinungen des Kapitalismus, insbesondere in der Krise, offenbaren seinen Charakter allzu deutlich. Krieg ist zum Normalzustand der kapitalistisch verfassten Welt geworden. Im Namen von „Demokratie“, „Freiheit“ und „Menschenrechten“ wird den abhängigen Ländern der Welt Hunger und Elend beschert. Und auch in den industriellen Zentren verschärfen sich die Klassengegensätze. Krieg und Krise machen die Widersprüche der bürgerlichen Gesellschaft wahrnehmbar und verdeutlichen einmal mehr die destruktive Gestalt des Kapitalismus.

MEHRWERT UND PROFIT

Den Wert einer Ware bildet die zur Herrstellung notwendige Menge verausgabter menschlicher Arbeitskraft gemessen in Arbeitszeit. Ein Kapitalist kauft nicht die Arbeit, sondern die Arbeitskraft der Lohnabhängigen. Folglich bezahlt er nicht den Wert der gesamten Arbeit, die von den Arbeitskräften verrichtet wird, sondern den Wert der Arbeitskraft. Der bemisst sich nach den Kosten zu deren Erhaltung, also nach dem, was man zum (über)leben braucht und den kleinen Extras, die erkämpft wurden. Die Arbeitskräfte produzieren einen Mehrwert, über den Wert der Arbeitskraft hinaus, den sich die Kapitalisten unentgeldlich aneignen. Der Mehrwert kommt dann beim Kapitalisten als Profit an, wenn er die produzierten Waren verkauft.



weitere Informationen zu Arbeitskämpfen und Krisenprotesten:
Labournet: www.labournet.de
Bundesweites Krisenbündnis: www.kapitalismuskrise.org



2: Der Kapitalismus trägt den Krieg in sich wie die Wolke den Regen

Seit 1999 ist die Bundeswehr an zahlreichen Militäreinsätzen weltweit beteiligt. Anhand der Analyse der Militäreinsätze in Afghanistan und Kongo, bei denen die Bundeswehr beteiligt war und ist, soll im folgenden Artikel aufgezeigt werden, wie kapitalistische Profitinteressen, Krieg und Besatzung zusammenhängen.

Seit Jahren schreitet die Militarisierung der EU rasant voran. Ob in Bosnien, Kongo oder Tschad, die EU-Truppen sind immer häufiger im Einsatz. Auf diese Entwicklung der EU hin zu einer Militärmacht wird im Artikel ebenfalls eingegangen. Am Schluss soll kurz der heutige Imperialismus umrissen werden und die Notwendigkeit und Möglichkeit des Widerstandes gegen imperialistische Kriege und Militarisierung aufgezeigt werden.

GEOSTRATEGISCHE ZIELE IN AFGHANISTAN

Berühmt geworden ist der Ausspruch des ehemaligen Verteidigungsministers Peter Struck: „Unsere Sicherheit wird nicht nur, aber auch am Hindukusch verteidigt." Der ISAF-Einsatz der NATO, an dem mehr als 119.000 Soldaten aus 47 Ländern beteiligt sind, setzen den Plan der „Sicherheitsverteidigung" um. Aus Deutschland befinden sich nach der Truppenerweiterung im Februar 2010 5.350 Soldaten im Einsatz. Deutsche Truppen sind im Norden Afghanistans stationiert und stellen das drittgrößte Kontingent der NATO-Einsatzkräfte im Land. Struck benutzte bei seiner Rechtfertigung des Afghanistankrieges das Schlagwort der „Sicherheit". Was er damit meint, wird im Weißbuch der Bundeswehr von 2006 dargelegt: „Deutschland [ist] aufgrund seines großen Außenhandelsvolumens und der damit verbundenen hohen Abhängigkeit von sicheren Transportwegen und -mitteln in globalem Maßstab verwundbar. Als rohstoffarmes Land ist es in hohem Maße von einer gesicherten Rohstoffzufuhr abhängig." Es geht der Bundeswehr nicht um die Sicherheit der Menschen in Afghanistan, sondern ausschließlich um die Sicherung der Interessen des deutschen Kapitals.

Afghanistan ist vor allem aufgrund seiner geostrategischen Lage von Bedeutung. Entsprechend rechtfertigte Peter Struck seinerzeit als Verteidigungsminister die Afghanistanpolitik der Bundesregierung: „In 25 Jahren ist das Gas in der Nordsee alle, aber in der Region um Afghanistan und im Kaukasus ist alles vorhanden. Und ob dort regionale Sicherheit entsteht, ist im Interesse aller, die in Zukunft aus der Region Energie beziehen wollen." Afghanistan liegt in der Nähe des Kaspischen Meers, einer wichtigen Erdöl- und Erdgasquelle. Riesige Vorkommen gibt es in den Anrainerstaaten Turkmenistan, Aserbaidschan und Kasachstan. Öl und Gas sind für die kapitalistischen Staaten immer noch von zentraler Bedeutung, da viele Bereiche der Wirtschaft auf diese Rohstoffe angewiesen sind. Es tobt ein globaler Kampf um die Erschließung, Förderung und den Transport von Öl und Gas.

Afghanistans Nachbarland Turkmenistan gilt als das Land mit den weltweit größten Erdgasreserven. Der Export des turkmenischen Gases wäre für den Westen jenseits russischer Abhängigkeit über Afghanistan und Pakistan zum Arabischen Meer am kürzesten. Aufgrund des anhaltenden Krieges sowohl in Afghanistan, als nun auch in Teilen Pakistans, sind die Pläne zum Bau einer solchen Pipeline in naher Zukunft wohl nicht zu realisieren. Das Vorhaben zum Bau einer derartigen Pipeline besteht schon seit Anfang der 1990er Jahre. Im Jahr 1995 waren damals die Verhandlungen des US-amerikanischen Konzerns UNOCAL mit den Taliban gescheitert. Im Jahr 2002 wurde ein Vertrag zwischen Turkmenistan, Afghanistan und Pakistan zum Bau der besagten Pipeline unterzeichnet, der Baubeginn liegt aber auf Eis.

Afghanistan ist aber nicht nur als Pipelinekorridor interessant. Auch die geographische Lage des Landes ist von Bedeutung. Afghanistan grenzt im Westen an Iran, der über rund zehn Prozent der bekannten Ölreserven und auch über riesige Gasvorräte verfügt. Iran kooperiert momentan sowohl mit den westlichen Staaten als auch mit deren Konkurrenten China und Russland. Der Iran hat mit China Verträge zur Erschließung des Erdgasfelds „South Pars" abgeschlossen und mit Russland wurde der Bau einer asiatischen Pipeline, die zur Belieferung Indiens und Chinas vorgesehen ist, geplant. Nicht weit nördlich von Afghanistan liegt Russland, nicht weit östlich China, mit dem es im Nordosten einen kleinen gemeinsamen Grenzabschnitt gibt, und auch Indien ist nah. Afghanistan liegt somit in unmittelbarer Nähe zu den bevölkerungsreichsten Regionen der Welt mit nahezu der Hälfte der Erdbevölkerung. Außerdem befinden sich in der Region zwei

DEUTSCHE KRIEGE FÜR DAS „NATIONALE INTERESSE"

Die Verteidigungspolitischen Richtlinien (VPR) sind neben dem Weißbuch der Bundeswehr die wichtigsten öffentlich zugänglichen strategischen Dokumente zur verbindlichen Bestimmung der Aufgaben der Bundeswehr, die seit 1972 in unregelmäßigen Abständen veröffentlicht werden. 1992 wurden die VPR von Verteidigungsminister Rühe erlassen. Sie stellen das erste öffentliche Dokument dar, in dem die militärische Zurückhaltung der Bundeswehr durch eine offensive Militärstrategie ersetzt wurde. Deutschland solle mithilfe von Bündnissen zu einer „kontinentale[n] Mittelmacht mit weltweiten Interessen" werden. Auch wirtschaftliche Interessen lassen sich in dem Dokument eindeutig erkennen: So wird als ein Ziel die „Aufrechterhaltung des freien Welthandels und des ungehinderten Zugangs zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt im Rahmen einer gerechten Weltwirtschaftsordnung" formuliert. Die VPR von 1992 läuteten einen Paradigmenwechsel in der deutschen Außenpolitik ein: die Durchsetzung „deutscher Interessen" mit den Mitteln des Krieges.

Drittel aller Öl- und Gasvorräte. Afghanistan, das sich inmitten dieser wichtigen Region befindet, spielt deshalb für die geo- und energiepolitischen Interessen der USA, Europas, Russlands, Chinas und Indiens eine zentrale Rolle.

Neben den geostrategischen Interessen muss auch die konsequente markwirtschaftliche Ausrichtung des Landes, die von den Besatzern diktiert wird, erwähnt werden. Der Internationale Währungsfond (IWF) hat Afghanistan ein Programm verordnet, das die reibungslose Verwertung von Kapital garantiert. Konkret bedeutet das unter anderem die Einführung von geringen Unternehmenssteuern für alle Investoren, die Aufhebung von Handelsbeschränkungen und die Reduzierung von Zöllen.

Das Beispiel Afghanistans zeigt sehr deutlich, worum es beim Einsatz der Bundeswehr wirklich geht. Es geht um die Sicherung deutscher Kapitalinteressen in Form von Rohstoffen, Absatzmärkten und Aufträgen. Der Krieg ist auch in Deutschland wieder zu einem alltäglichen Mittel geworden, um die wirtschaftlichen Interessen des deutschen Kapitals weltweit durchzusetzen. Der Schutz von Menschenrechten, die Befreiung der Frauen und die Demokratie werden von den Herrschenden ins Feld geführt, um den Krieg in Afghanistan zu legitimieren. Die tatsächlichen Gründe sind jedoch die Sicherung von strategischen Positionen, die Installierung von genehmen Regierungen und die Ausweitung der Einflusszonen.

JUGOSLAWIEN – DER AUFTAKT FÜR WELTWEITE KRIEGE DER BUNDESWEHR

Den offensichtlichen Wendepunkt in der Militarisierung der bundesdeutschen Außenpolitik stellt der NATO-Krieg gegen Jugoslawien im Jahr 1999 dar. Das erste Mal seit Ende des Zweiten Weltkriegs beteiligte sich Deutschland wieder aktiv an einem militärischen Angriffskrieg. Wie bei bisher allen Kriegsbeteiligungen wurde auch dieser Krieg unter Vorwänden begonnen. Es gelte eine „humanitäre Katastrophe“ zu verhindern, so der damalige Verteidigungsminister Rudolf Scharping. Systematisches Umdeuten von Tatsachen war von vorneherein ein Teil der Kriegslügen. Die öffentliche Meinung sollte auf den Krieg gegen Jugoslawien eingestimmt werden. Das Verteidigungsministerium schreckte dabei auch nicht vor Bilderfälschungen zurück. Verteidigungsminister Scharping manipulierte bewusst die Öffentlichkeit, indem er beispielsweise Fotos von einem angeblichen Massaker an Zivilisten in Rugovo präsentierte. Das Bild zeigte viele nebeneinander liegende Leichen. Tatsächlich waren es keine Zivilisten, sondern UÇK-Kämpfer, die bei Gefechten gestorben und erst nachträglich nebeneinander hingelegt wurden. Außerdem unterstellte Scharping, auf Grundlage des sogenannten Hufeisenplans, dass die Vertreibungen und ethnischen Säuberungen von den Serben von langer Hand geplant gewesen seien. Tatsächlich war der Hufeisenplan eine Erfindung des deutschen Verteidigungsministers und diente der Kriegspropaganda. Scharping behauptete außerdem, es gebe Hinweise, dass das Fußballstadion von Pristina in ein serbisches Konzentrationslager für 100.000 Menschen verwandelt worden sei. Aufnahmen von deutschen Aufklärungs-Drohnen widerlegten diese Behauptung. Ausgehendend von diesen Lügen wurden die Serben mit Nazis verglichen, um ein militärisches Eingreifen zu legitimieren. Joschka Fischers Satz „Ich habe nicht nur gelernt: Nie wieder Krieg. Sondern auch: Nie wieder Auschwitz.“ bildete sowohl einen der fragwürdigsten und zugleich ausschlaggebenden Sätze der Rechtfertigungsstrategie des Krieges. Der Vorwand, eine „humanitäre Katastrophe“ verhindern zu wollen, wurde genutzt, um geopolitische und wirtschaftliche Interessen in der Region durchzusetzen. Der Angriff auf Serbien dauerte 78 Tage, forderte zahlreiche Todesopfer und zerstörte die Infrastruktur des Landes. Die Folgen des Krieges sind noch heute spürbar. Uranstaub und Blindgänger der NATO-Armeen gefährden weiterhin das Leben der Bevölkerung und die Umwelt. Der Überfall war der Beginn einer Reihe weiterer imperialistischer Kriege.

KONGO – DER KAMPF UM DIE ROHSTOFFE IN ZENTRALAFRIKA

Auch das Beispiel der Demokratischen Republik Kongo verdeutlicht, wie der Zugang zu Rohstoffen und Militäreinsätze zusammenhängen. Die Europäische Union stellte 2003 mit der Mission ARTEMIS dort erstmals ihre militärische Handlungsfähigkeit zur Schau. Der offizielle Grund für den Krieg war die „Demokratisierung“ des Landes. Natürlich brachte der Einsatz keine Stabilität, sondern eher das Gegenteil in den Kongo. Derzeit befinden sich dort eine halbe Millionen Menschen aus Angst vor Massakern und Vergewaltigungen durch Milizen auf der Flucht. Der Kongo gehört zu den ärmsten Ländern der Welt. 80% der Bevölkerung leben unterhalb der absoluten Armutsgrenze von einem US-Dollar pro Tag und monatlich sterben ca. 30.000 Menschen an den Folgen von Armut und Krieg. Dabei ist der Kongo reich an Rohstoffen. 80% des weltweiten Coltanvorkommens befindet sich im Kongo. Coltan ist heutzutage ein sehr begehrter Rohstoff, weil er für Handys, Satelliten oder Flugzeugtriebwerke benötigt wird. Außerdem hat der Kongo das viertgrößte Diamantenvorkommen der Welt und die Goldvorkommen haben Schätzungen zufolge einen Wert von 20 Mrd. Dollar. Darüberhinaus findet man im Kongo noch Germanium, Kupfer, Kobalt, Erdöl, Holz, Uran, Zink, Silber und Mangan.

Im Jahr 2006 kam es dann zur zweiten Intervention der EU im vom Bürgerkrieg gebeutelten Land. Die offizielle Begründung für die Intervention war die Durchsetzung von Wahlen. Die Bundeswehr führte die Mission EUROR RD CONGO mit dem größten Kontingent von 780 Soldaten an und hatte die militärische Führung inne. Die Mission wurde durch das Einsatzführungskomando der Bundeswehr in Potsdam geleitet. Auch bei dieser Mission wurden direkt wirtschaftliche Interessen der Bundesrepublik durch die Erhaltung des politischen Status quo gesichert. Deutschland pflegt gute wirtschaftliche Kontakte zur amtierenden Kabila-Regierung. Ein Machtwechsel war deshalb nicht erwünscht. Entsprechend viele Ungereimtheiten gab es dann bei der Wahl. Kabila war für eine Präsidentschaftskandidatur laut der Verfassung eigentlich zu jung. Dadurch, dass sein Wahlbündnis AMP in allen Institutionen des Kongo die Oberhand hatte, konnten hierfür jedoch Ausnahmeregelungen getroffen werden. Die größte demokratische Oppositionspartei Union for Democracy and Social Progress UDSP hatte die Wahlen boykottiert, da sie davon ausging, dass Kabila von vornherein als Sieger feststand.

Allein diese Gründe sprechen gegen die offizielle Version der Bundesregierung, die „demokratische“ Wahl im Kongo durchsetzen zu wollen. Das stellte auch der ehemalige Verteidigungssekretär Walter Stützle in einer Phönixrunde am 7. November 2006 fest: „Im Kongo ist das Problem, dass der Öffentlichkeit von der

Bundeskanzlerin nicht gesagt worden ist, worum es eigentlich geht. Das konnte man in Paris sehr deutlich hören. In Paris hat man gehört, wir können Afrika nicht China und den Vereinigten Staaten überlassen, Punkt! […] Da man das aber eigentlich nicht sagen wollte, hat man dann die Erfindung mit der Wahl gemacht."

Wer an den Einsatz von 2006 zurückdenkt, hat vermutlich die Bilder der gewaltsamen Zerschlagung von oppositionellen Protesten vor Augen. Auch diese muss man teilweise im Zusammenhang mit der Europäischen Union sehen. Bereits 2005, dem Jahr der eigentlichen Wahlfestsetzung, entsandte die EU unter den Missionen EUPOL KINSHASA und EUSEC RD CONGO 30 Polizeiausbilder, die tausende Polizisten im Kongo ausbildeten. Die Polizeikräfte waren unter anderem an der blutigen Zerschlagung der Proteste beteiligt. Nur konsequent ist es dabei, dass diese Missionen aus dem Entwicklungshilfefond der EU finanziert wurden.

DIE MILITÄRMACHT EU

Diese Einsätze zeugen von den Bestrebungen der EU, sich neben der NATO als eigenständige Militärmacht etablieren. Zwar verfügt die EU seit 1999 über eine einheitliche Währung, jedoch nur teilweise über eine gemeinsame Wirtschafts- und Außenpolitik. Dennoch gibt es im Bereich der Außenpolitik seit längerem Entwicklungen hin zu einer EU-Militärmacht.

Dabei ist die EU nicht als ein einheitlicher imperialistischer Block zu betrachten, sondern als ein zwischenstaatliches imperialistisches Zweckbündnis, das die Staaten der EU zur weltweiten Durchsetzung ihrer Interessen eingehen. Kleinere Staaten spielen in der Außenpolitik der EU eine untergeordnete Rolle. Die Außenpolitik Deutschlands dominiert die der EU und die Bedeutung der EU nimmt zu. Wenn man sich mit der Militarisierung der Außenpolitik Deutschlands befasst, ist es daher unerlässlich, die neueren Entwicklungen auf dem Gebiet der Europäischen Union zu betrachten.

Im Jahr 1999 wurde in Köln beim Ratsgipfel der EU der Entschluss gefasst, eine EU-Eingreiftruppe zu schaffen. Damals entschied man, die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) als Komponente der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) in die Wege zu leiten. Seit ihrem Bestehen wurden 27 ESVP-Einsätze und -Missionen durchgeführt. Im Juli 2009 erschien die Aufsatzsammlung What Ambitions for European Defence in 2020? vom European Institute for Security Studies (EUISS), einem Thinktank der EU. Darin meldeten sich Politiker und Militärexperten zu Wort und entwarfen ein Profil der zukünftigen Ausrichtung der EU-Außenpolitik. Unverblümt sprechen die Schreiberlinge der EU aus, worum es gehen wird: „‚Abschottungsoperationen' (Barrier operations) – die globalen Reichen gegen die Spannungen und Probleme der Armen absichern. Da der Anteil der Weltbevölkerung, die in Elend und Frustration lebt, erheblich bleiben wird, werden die Spannungen und Übertragungseffekte zwischen ihrer Welt und der der Reichen weiter zunehmen. Weil wir wahrscheinlich dieses Problem bis 2020 nicht an seiner Wurzel gelöst haben werden, (…) müssen wir unsere Barrieren verstärken." Gemeint sind die menschenverachtenden Abschottungsoperationen im Mittelmeer, die von der EU durch die Grenzschutzagentur FRONTEX durchgeführt werden.

Auch bezüglich militärischer Interventionen ist der Bericht sehr direkt: „Die Möglichkeit, militärische Missionen zu starten, bevor alle politischen Diskussionen dazu stattgefunden haben, muss in Erwägung gezogen werden, damit es zu keinen Verzögerungen kommt." Schritt für Schritt soll die EU eigenständig militärisch handlungsfähig werden, womit sie in Konkurrenz zur NATO treten würde. Den EU-Staaten geht es dabei darum, bei der Durchsetzung ihrer eigenen imperialistischen Interessen von den USA unabhängiger zu werden. Deshalb fehlt in den EU-Plänen im Gegensatz zu den NATO-Verträgen auch eine Bezugnahme auf den UN-Sicherheitsrat als wichtigste Legitimation militärischer Interventionen.

In diesem Kontext steht auch die Einrichtung von EU-Battlegroups (EUBG). Sie sind eine jeweils für ein halbes Jahr aufgestellte militärische Formation. Unterschiedliche Länder senden im halbjährigen Rhythmus ihre Truppen in die Battlegroups. Innerhalb von 15 Tagen kann die EUBG ein 30tägiges Mandat des Politischen und Sicherheitspolitischen Komitees (PSK) der EU für eine eigenständige Operation erhalten, das auf 120 Tage erweiterbar ist. In einem Radius von ca. 6.000 Kilometer um Brüssel können die Truppen eingesetzt werden und damit einen Großteil der afrikanischen Staaten erreichen. Gerade wenn es zu „politischen Instabilitäten" kommt, sollen die EUBG zum Einsatz kommen. Politische Unstimmigkeiten bei der Militarisierung der EU lassen sich aber auch hier erkennen. So wurde beispielsweise der Vorschlag von Frankreich, einen einheitlichen Generalstab zu errichten, von Großbritannien zurückgewiesen.

Den Hauptmächten innerhalb der EU geht es bei der Militarisierung darum, Einfluss im Weltmaßstab – auch gegen die USA – zu erlangen, Rohstoffe und Handelswege zu kontrollieren und die kapitalistische Weltwirtschaftsordnung militärisch abzusichern.

IMPERIALISMUS BEKÄMPFEN …

Die kapitalistischen Staaten und ihre Bündnisse befinden sich immer wieder in gegenseitiger Konkurrenz um Rohstoffe, Einflusszonen und geostrategische Positionen. Alle relevanten Mächte (die USA, China, Russland, Japan, Brasilien, Indien, einige

DATEN UND FAKTEN ZU AFGHANISTAN

Die Fakten in Afghanistan sprechen eine eindeutige Sprache: Anstatt wie suggeriert die Situation der Bevölkerung merklich zu verbessern, führte der NATO-Einsatz nur zu einer Verschlechterung. Die Drogenabhängigkeit ist in Afghanistan so hoch wie in kaum einem anderen Land. Etwa eine Millionen der 28 Millionen in Afghanistan lebenden Menschen sind drogenabhängig. Auch der Anbau von Opium boomt. Ganze 90% des weltweit produzierten Rohopiums stammen aus dem Land, außerdem steigt die Zahl ziviler Opfer: Allein im ersten Halbjahr 2010 sind 1.271 AfghanInnen durch kriegerische Handlungen ums Leben gekommen. Nach Angaben von Amnesty International sind 235.000 Menschen vertrieben worden bzw. befinden sich auf der Flucht. Die soziale Situation in Afghanistan hat sich in vielen Bereichen verschlechtert: acht Millionen Menschen hungern, jeder zweite ist arm, nur 25% der Bevölkerung haben Zugang zu sauberem Trinkwasser und die Arbeitslosigkeit liegt bei 40%.

Staaten der EU etc.) verfolgen von der Stoßrichtung her die gleichen Ziele. Trotz der Konkurrenz bilden sich zeitweilige Bündnisse der imperialistischen Staaten wie die NATO, um damit ihre Interessen gemeinsam durchsetzen zu können. Diese Kooperationen ändern jedoch nichts an der innerimperialistischen Konkurrenz. Die herrschende Klasse hat zwar weltweit ein gemeinsames Interesse an der Aufrechterhaltung der kapitalistischen Ordnung, die einzelnen Kapitalisten sind aber gleichzeitig gegenseitige Konkurrenten in der Jagd nach den höchsten Profiten.

Die Konzentration des Kapitals hat zu gigantischen Konzernen geführt, die in der Weltökonomie die entscheidende Rolle spielen. In der Krise können nicht alle Unternehmen am Markt bestehen bleiben. Auch große Konzerne wie beispielweise General Motors, einer der größten Autohersteller der Welt, konnte nur durch staatliche Hilfen vor der Pleite gerettet werden. Auch die Konzerne, die international agieren, sind bei der Durchsetzung ihrer Interessen auf „ihren" jeweiligen Nationalstaat angewiesen, sei es mit „Rettungspaketen" oder mit Panzern in Afghanistan.

Der Kapitalismus entwickelt sich weltweit ungleich. Die Länder der kapitalistischen Metropolen vertiefen mit Hilfe von internationalen Institutionen wie IWF und Weltbank die wirtschaftliche Abhängigkeit der Staaten der Peripherie. Wenn diese Maßnahmen alleine nicht reichen, werden die Profitinteressen auch mit militärischen Mitteln durchgesetzt. Der Imperialismus war bis nach dem Zweiten Weltkrieg durch das Expansionsstreben einzelner Staaten und die koloniale Unterwerfung und Ausbeutung anderer Länder geprägt. Der Imperialismus, wie er heute existiert, zielt in der Regel nicht auf die direkte Einverleibung anderer Territorien. Zwar geht es durchaus um die Kontrolle über Territorien, aber die effizientere Methode ist die des nation-buildings und der Einsetzung genehmer Regierungen. Wenn dieses Ziel nur mit militärischer Gewalt zu erreichen ist, werden allerdings auch heute Länder direkt angegriffen und besetzt, wie es in Jugoslawien, im Irak und in Afghanistan geschehen ist.

… WIDERSTAND ORGANISIEREN HIER UND ÜBERALL

Dass Kriege und Militarisierung zunehmen, hängt auch mit der krisenhaften Entwicklung des Kapitalismus zusammen. Wachsende Profite einzufahren, gestaltet sich für das Kapital angesichts von chronischer Überakkumulation immer schwieriger. Die Konsequenz der kapitalistischen Profitlogik sind imperialistische Kriege, Verschärfung der Ausbeutung und Unterordnung aller gesellschaftlichen Bereiche unter die kapitalistische Verwertung. Wir kämpfen gegen diese Logik und sehen unseren Kampf gegen Militarismus und Krieg eingebettet in den Kampf für den Sturz der kapitalistischen Verhältnisse.

Die Formen des antimilitaristischen Widerstandes sind vielfältig und reichen von Störaktionen gegen Werbung der Bundeswehr auf Messen, über Großdemonstrationen gegen die NATO bis zu direkten Abrüstungsaktionen von Kriegsgerät, wie beispielsweise die Zerstörung von Bundeswehrfahrzeugen in Dresden 2009. Es gibt viele Gelegenheiten, aktiv gegen den imperialistischen Krieg zu werden. In der Schule, an der Universität, auf der Arbeit oder an öffentlichen Orten – überall gibt es Möglichkeiten, sich konkret und kreativ gegen die Machenschaften des deutschen Imperialismus zu organisieren und Widerstand zu leisten. Auch heute behält Karl Liebknechts bekannter Ausspruch seine Gültigkeit: „*Der Hauptfeind steht im eigenen Land!*"

NATO

Die North Atlantic Treaty Organization wurde 1949 als Militärbündnis der nordamerikanischen und europäischen Staaten gegen die Sowjetunion gegründet. In der bürgerlichen Geschichtsschreibung wird die Gründung der NATO als Reaktion auf das Erstarken der Sowjetunion dargestellt und die NATO zum „Verteidigungsbündnis" verklärt. Tatsächlich war die NATO von Anfang an als Bündnis zur Durchsetzung und Rückgewinnung der Hegemonie der kapitalistischen westlichen Staaten konzipiert. Mit dem NATO-Beitritt der Bundesrepublik 1955 wurde gleichzeitig ein weiterer Grundstein für die Remilitarisierung Deutschlands gelegt. Die ab 1990 einsetzende offen aggressive Kriegspolitik der NATO bedeutet keinen Kurswechsel der Allianz vom „Verteidigungsbündnis" zum „Aggressionsbündnis". Die NATO-Staaten hatten nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion nur noch mehr Spielraum für eine Politik, die sie seit ihrer Gründung verfolgen. Heute ist in Kriegen die Rolle der NATO nicht wegzudenken. Die ISAF-Mission in Afghanistan, die IFOR-Mission in Ex-Jugoslawien, die NATO Response Force als mobile Eingreiftruppe oder die Gladio als Geheimorganisation der NATO[1] sind nur einige Beispiele für Missionen oder Institutionen, die den genannten Zwecken dienen.

[1]Die Gladio war eine paramilitärische Geheimorganisation der NATO. Sie arbeitete zwar mit dem Hauptquartier der NATO zusammen, aber ihre Operationen unterlagen strengster Geheimhaltung. Im Falle eines „Umfallens" der Einsatzländer durch sozialistische Revolutionen oder Besetzungen durch die Warschauer-Pakt-Armeen sollte Gladio Guerillaaktionen hinter feindlichen Linien durchführen. Dafür wurden von 1950 bis 1990 Waffendepots angelegt und Agenten rekrutiert. Außerdem beteiligte sich Gladio an Anschlägen, mit denen z. B. die italienischen Brigate Rosse (BR) diskreditiert werden sollten, und arbeitete mit deutschen und italienischen Faschisten zusammen.



Internetseiten zu Antimilitarismus:
www.bundeswehr-wegtreten.org
Informationsstelle Militarisierung: www.imi-online.de



3: Innere Aufrüstung und Repression

Die staatliche Aufrüstung existiert nicht nur im militärischen Bereich und beinhaltet nicht nur neue und mehr Waffen für imperialistische Kriege. Sie findet auch im Inneren statt und beinhaltet den Ausbau bürgerlicher Staatsapparate mit extrem repressiver Gesetzgebung, hochgerüsteten und mit weitreichenden Befugnissen versehenen Polizei- und Geheimdienststrukturen, Einsätzen des Militärs auch im Inland und zahlreichen weiteren Instrumenten zur Durchsetzung der politischen und ökonomischen Interessen der herrschenden Klasse.

KONKRETE ENTWICKLUNGEN DER INNEREN AUFRÜSTUNG

Es gibt verschiedene, ineinander greifende Ebenen der inneren Aufrüstung: Gesetzesverschärfungen, eine Zunahme staatlicher Repression, die Ausweitung der Befugnisse der Repressionsapparate, der Ausbau ihrer Infrastruktur und eine zunehmende alltägliche Überwachung, begleitet von einer gesellschaftlichen Vermittlung einer angeblichen Alternativlosigkeit dieser Maßnahmen. Die stetigen Gesetzesverschärfungen und die durch gesetzliche, sowie durch staatliches Vorgehen faktisch geschaffene Einschränkungen von Freiheitsrechten, nehmen so rasant und umfassend zu, dass es schwer fällt, einen Überblick zu bewahren. In den meisten Fällen, etwa bei der Verschärfung des Polizeigesetzes in Baden-Württemberg oder bei immer wieder stattfindenden Einschränkungen von Demonstrationen, bleiben größere Proteste, manchmal selbst eine öffentliche Thematisierung, aus. Nur in einigen Fällen, z. B. bei der Vorratsdatenspeicherung und der geplanten Internetzensur kam es zu einer breiteren gesellschaftlichen Thematisierung und zu Protestaktionen.

AUSWEITUNG DER BEFUGNISSE FÜR POLIZEI, GEHEIMDIENSTE UND MILITÄR

Seit Jahrzehnten ist die Entwicklung auch im Hinblick auf die Befugnisse der verschiedenen staatlichen Repressionsorgane eindeutig: Einschränkungen werden nach und nach abgebaut und stattdessen immer mehr Möglichkeiten für das Abhören und Observieren, das Sammeln von Daten, die Zusammenarbeit von Geheimdiensten, Polizei und anderen Behörden und deren Zugriff auf die Privatsphäre geschaffen. Nur in einigen Fällen, wenn es öffentliche Proteste gibt und die in die Wege geleiteten Maßnahmen dem Grundgesetz widersprechen, wie etwa die Vorratsdatenspeicherung, werden Teile davon zurückgenommen.

Selbst wenn die staatlichen Organe mit ihren Methoden gegen Gesetze verstoßen, Ermittlungen sich als willkürlich oder nur der Einschüchterung dienlich erweisen oder durch Polizeieinsätze Menschen verletzt oder getötet werden, hat kaum einer der Staatsdiener etwas zu befürchten. Disziplinarverfahren oder gar Verurteilungen kommen so gut wie gar nicht vor. In Extremfällen, zuletzt beispielsweise bei der Ermordung eines unbewaffneten Mannes in Berlin, auf den die Polizei acht Schüsse abfeuerte, gibt es lediglich Bewährungsstrafen für die Täter.

Mittlerweile werden aber längst nicht mehr nur Geheimdienste und Polizei gegen politische Aktivitäten, sowie im Rahmen sozialer Konflikte eingesetzt, sondern immer öfter auch das Militär. So kam die Bundeswehr in den letzten Jahren bei mehreren Ereignissen zum Einsatz: Bei Protesten gegen den G8-Gipfel 2007 in Heiligendamm, den Mobilisierungen gegen das NATO-Treffen 2009 in Strasbourg, im Rahmen der Sicherung der NATO-Sicherheitskonferenz in München, bei öffentlichen Bundeswehr-Gelöbnissen, dem Castor-Transport im Herbst 2010 sowie zu anderen Anlässen übernahm sie verschiedene Aufgaben z. B. im Rahmen der Überwachung der Gegenmobilisierungen, beim Transport und der Sicherung der Tagungsgebäude. Weitere Ausweitungen der Militäreinsätze im Innern sind seit langem in Planung. Wie diese Aussehen können, ist etwa bei Militärübungen im Übungsgelände Lehnin bei Potsdam zu beobachten, bei denen Soldaten ihren Einsatz gegen Demonstrationen trainieren.

Dazu werden seit 2007 sogenannte Verbindungskommandos der zivil-militärischen Zusammenarbeit aufgebaut: Flächendeckend werden in allen Bundesländern Kommandogliederungen als Bindeglied zwischen ziviler Verwaltung und der Bundeswehr geschaffen. Sie sollen u. a. personelle Ressourcen für Bewachung, Kontrolle und Sicherung von „kritischer Infrastruktur“ bereitstellen und in bestimmten Situationen polizeiliche und militärische Aktivitäten unterstützen. In den verschiedenen Bezirken bzw. Kreisen bestehen sie aus je fünf bis 15 Soldaten, insgesamt umfasst die Struktur über 5.300 Dienstposten. Sie dienen sowohl einer weiteren Etablierung militärischer Einsätze im Innern, als auch der konkreten Nutzung ziviler Institutionen von Seiten des Militärs. Von Seiten des Staates wird immer weniger zwischen „äußerer“ und „innerer“ Sicherheit unterschieden. Potenzieller Widerstand gegen die Profitinteressen des Kapitals sollen mit den jeweils effektivsten Methoden gebrochen werden – ganz gleich ob es sich dabei um polizeiliche, geheimdienstliche oder militärische Mittel handelt.

VERSAMMLUNGSGESETZE

Die Versammlungsgesetzgebung ist seit 2006 Ländersache. In allen Landesregierungen mit CDU/CSU Beteiligung gibt es Pläne, sie zu verschärfen, bzw. wurden diese Pläne schon umgesetzt (Bayern und Sachsen). Die folgenden Beispiele stammen aus dem Gesetzesentwurf der Baden-Württembergischen Landesregierung. Sie sind zu großen Teilen identisch mit denen anderer Bundesländer: Um antifaschistische Aktivitäten gegen Naziaufmärsche, aber auch Proteste gegen Gipfeltreffen u. Ä. gesetzlich noch weiter einzuschränken, sind Haftstrafen von bis zu zwei Jahren allein

für Aufrufe, genehmigte Versammlungen militant zu verhindern, vorgesehen. Für den Aufruf ohne „Gewaltandrohung" soll es immerhin noch bis zu einem Jahr Haft geben.

Es ist vorgesehen, dass alle Versammlungen mindestens 72 Stunden im Vorfeld angemeldet werden müssen. Damit sollen spontane Kundgebungen und Demonstrationen weiter erschwert werden. Kurzfristige Reaktionen auf Ereignisse wären so kaum noch im legalen Rahmen möglich. Streikaktionen wären ebenfalls davon betroffen, denn der Unternehmerseite wird so genügend Zeit gegeben, sich darauf einzustellen. Versammlungen sollen auch dadurch behindert werden, dass die AnmelderInnen direkt gegenüber der Polizei verpflichtet sind, für einen reibungslosen Ablauf zu sorgen. Beispielsweise müssen sie Demonstrationen auflösen, wenn auch nur der „Eindruck einer Gewaltbereitschaft" entsteht – wann das der Fall ist, ist Auslegungssache der Polizei.

Weitere Verschärfungen sind u.a. im Hinblick auf striktere Auflagen im Bezug auf die Ordner und noch weiterreichende Befugnisse für die Kontrolle und das Überwachen von DemonstrationsteilnehmerInnen enthalten. Außerdem bekommen die Repressionsorgane mehr Möglichkeiten, Kundgebungen und Demonstrationen von vornherein zu verbieten, sowie sie frühzeitig polizeilich aufzulösen. Selbst Veranstaltungen in geschlossenen Räumen sollen stärker überwacht und verboten werden können.

Unabhängig der geplanten und der bereits vollzogenen Einschränkungen der Versammlungsfreiheit ist seit Jahren zu beobachten, wie Kundgebungen und Demonstrationen sowohl durch die Auflagen der Behörden, als auch durch Polizeieinsätze immer weiter eingeschränkt werden: Mützen und Sonnenbrillen werden als Vermummung ausgelegt, Transparente nur bis zu einer bestimmten Länge geduldet, Demonstrationen von einem massiven Polizeispalier von der Öffentlichkeit abgeschottet, Pfefferspray und Schlagstöcke selbst aus nichtigen Anlässen eingesetzt und DemonstrationsteilnehmerInnen wegen dem Rufen „beleidigender" Parolen mit Strafbefehlen überzogen. Dazu kommen die Erhebung von Anmeldegebühren in einigen Landkreisen und das Verbot für polizeibekannte AktivistInnen, überhaupt Versammlungen anzumelden, unter dem Vorwand, dass sie „nicht als Versammlungsleiter geeignet" seien sowie Ausreiseverbote bei internationalen Mobilisierungen.

Von all diesem Vorgehen ist in erster Linie die revolutionäre Linke betroffen, weshalb es nur in seltenen Fällen eine öffentliche Aufmerksamkeit oder Gerichtsurteile gegen das staatliche Vorgehen gibt. Die Tendenz geht aber dahin, dass dieses Vorgehen Stück für Stück gegen immer mehr Mobilisierungen angewendet, oder ihnen gegenüber angedroht wird. Insbesondere dort, wo nur schwache linke Strukturen existieren, werden Mobilisierungen so zunehmend schwieriger umsetzbar.

Eine besondere Rolle spielen polizeiliche Sondereinheiten, wie die Beweissicherungs- und Festnahmeeinheiten (BFE) oder das Unterstützungskommando (USK). Diese speziell trainierten Einheiten werden insbesondere gegen kämpferische Mobilisierungen oder Menschenansammlungen mit Konfliktpotential eingesetzt. Sie treten in der Regel vermummt auf und sind dafür bekannt, bei ihren Zugriffen keinerlei Rücksicht auf Umstehende oder festzunehmende Personen zu nehmen, sondern diese in vielen Fällen mit Pfefferspray, Schlagstöcken, Tritten und Schlägen zu verletzen. Die Gegenwehr gegen ihre nicht selten völlig beliebigen und brutalen Zugriffe, führt in vielen Fällen zu direkten weiteren Angriffen und Verurteilungen vor Gericht.

VERSCHÄRFTE STRAFVERFOLGUNG UND VERURTEILUNGEN

Im Zusammenhang mit militanten Aktionen oder auch nur der Gegenwehr gegen Polizeiübergriffe oder Nazi-Schläger, erfolgen zunehmend härtere Strafen und intensive Ermittlungen. Zwar hat sich der Staat in politischen Verfahren bekanntlich schon immer hemmungslos gezeigt, dennoch scheint es die Tendenz zu geben, in jedem Fall Ermittlungsaufwand, Tatvorwurf und Strafmaß möglichst hoch anzusetzen: Haftstrafen wegen Stein- oder Flaschenwürfen, Hausdurchsuchungen wegen des Sprühens von Parolen oder des Anbringens von Plakaten, monatelange Untersuchungshaft nach Auseinandersetzungen mit Nazis, Kriminalisierung von Veröffentlichungen, Strafbefehle aufgrund der Beteiligung an oder dem Aufruf zu Sitzblockaden, Einschüchterungsversuche des polizeilichen Staatsschutzes gegenüber politisch Aktiven – all das ist vielerorts bereits Alltag. Jegliches Verlassen des gesetzlichen Rahmens soll für AktivistInnen möglichst riskant erscheinen. Gerade im Hinblick auf vermehrte Polizeiangriffe bei Demonstrationen und die Dominanz gewalttätiger faschistischer Strukturen in einigen Regionen, stehen linke und revolutionäre Strukturen oftmals zwischen Ohnmacht und dem Verheizen der eigenen Strukturen.

Besonders im Bezug auf linke migrantische Strukturen, vor allem aus der Türkei und Kurdistan, ist ein willkürliches und hemmungsloses Vorgehen zu beobachten: Vereinsräume werden bei Durchsuchungen teilweise weitgehend zerstört und AktivistInnen einzig wegen des Verkaufs bestimmter Zeitschriften oder legaler Vereinstätigkeiten der Mitgliedschaft oder Unterstützung einer „terroristischen Vereinigung im Ausland" nach Paragraph 129b angeklagt.

Die genannten Beispiele für eine schärfere Auslegung von Gesetzen und mehr und höhere Verurteilungen stehen explizit

ABSCHOTTUNG VOR NICHT PROFITABLER MIGRATION

Als Teil der inneren Aufrüstung wird auch die diskriminierende Flüchtlingspolitik mit enormem Aufwand betrieben. Wärmebildkameras an den Grenzen, bewaffnete Patrouillen, Kontrollen an Bahnhöfen und Flughäfen und zahlreiche weitere Maßnahmen sollen Flüchtlinge aufspüren, die vor Not und Elend in die kapitalistischen Zentren flüchten. Mit der Schaffung von kaum zu ertragenden Bedingungen, abgeschotteten Lagern, schlechter Verpflegung und dem Verbot, ihren Landkreis zu verlassen, sollen die AsylbewerberInnen, die es bis hierher geschafft haben, zur Ausreise gedrängt werden.

Während das deutsche Kapital auf unzählige Weisen auf allen Kontinenten an der Ausplünderung von Rohstoffen, der Unterstützung diktatorischer Regimes, der Niederschlagung fortschrittlicher Bewegungen und dortigen niedrigen Löhnen profitiert, soll eine unkontrollierte Migration der Betroffenen dieser Situation verhindert werden. Lediglich ausgebildeten Fachkräften und noch vereinzelt „BilliglohnarbeiterInnen" soll es möglich sein, in die kapitalistischen Zentren zu kommen und hier, zumindest solange sie vom Kapital benötigt werden, bleiben zu dürfen.

für eine Entwicklung, von der nur bestimmte politische Kräfte, fortschrittliche Bewegungen und Teile der Arbeiterklasse betroffen sind. Insbesondere gegen hohe Würdenträger aus Politik und Wirtschaft, aber nahezu durchweg auch gegen Polizisten, werden Verfahren nach wie vor regelmäßig eingestellt oder enden mit äußerst milden Urteilen.

AUSBAU DER INFRASTRUKTUR DER REPRESSIONSAPPARATE

Während in vielen Bereichen Einsparungen stattfinden, werden nach wie vor Milliardenbeträge ins Militär, sowie in die Apparate der Geheimdienste und der Polizei gesteckt. Neben den üblichen Ausgaben für modernere Waffen, sowie für Auslandseinsätze und Propaganda-Materialen für das Militär, wurde in den letzten Jahren insbesondere in die Ausrüstung der Polizei investiert: In verschiedenen Bundesländern wurden beispielsweise zehntausende Teleskopschlagstöcke als Standard-Ausrüstung eingeführt und High-Tech-Wasserwerfer zum Vorgehen gegen Demonstrationen und andere Protestaktionen gekauft. Dazu werden immer öfter sogenannte Drohnen, mit hochauflösenden Kameras ausgestattete Flugkörper, zur Überwachung großer Menschenansammlungen eingesetzt.

Weitere große Schritte sind bereits in Vorbereitung: Die Anschaffung von Tasern, Distanz-Elektroschockwaffen, die in der BRD bisher nur von Sondereinsatzkommandos eingesetzt werden und in anderen Ländern bereits zu zahlreichen Toten geführt haben, werden u. a. von Polizeigewerkschaften als Standard-Ausrüstung für alle Polizisten gefordert.

GESELLSCHAFTLICHE VERMITTLUNG DER „NOTWENDIGKEIT“ EINES REPRESSIVEN STAATES

Die staatliche Aufrüstung geht einher mit einer intensiven Propagierung ihrer Alternativlosigkeit. Ob „Terroristen“, „linke Gewalttäter“, „Chaoten“, „gewalttätige Jugendliche“ oder „kriminelle Ausländer“, stetig werden Gefahren für die öffentliche Sicherheit hochstilisiert, um Maßnahmen zu ihrer „Bekämpfung“ zu rechtfertigen. Dabei werden Zahlen hochfrisiert, haltlose Behauptungen und Spekulationen verbreitet und Emotionen geschürt. Konkrete Beispiele dafür gibt es mehr als genug: Einzelfälle jugendlicher Gewalttaten wurden über Wochen durch die Medien geschleift, verbunden mit der Forderung nach härteren Gesetzen und mehr Polizeipräsenz.

Statt die Ursachen von möglichen Anschlägen islamistischer Gruppen in der BRD – die deutsche Kriegsbeteiligung und Angriffe auch auf Zivilisten zu behandeln – wird nur die Möglichkeit solcher Anschläge aufgegriffen und durchsetzt mit wilden Spekulationen, als täglich zu erwarten dargestellt. Ein Ende der Kriegsbeteiligung wird als Bannung dieser Gefahr nicht mal in Erwägung gezogen. Stattdessen sucht man das Heil in weiterer innerer und äußerer Aufrüstung.

Militanz bei Demonstrationen wird skandalisiert und die weitere Einschränkung der Versammlungsfreiheit damit begründet. Auffallend ist, dass Polizeiübergriffe hingegen nahezu gänzlich verschwiegen und dort, wo sie durch Videoaufnahmen bereits an die Öffentlichkeit gelangten, als Einzelfälle dargestellt werden.

Allgemein ist es für die bürgerliche Berichterstattung, sowie die Positionen der bürgerlichen Parteien kennzeichnend, dass tatsächliche Probleme, etwa im Hinblick auf Gewalt unter Jugendlichen, nicht auf ihre Ursachen hin untersucht, sondern als Vorwand für die weitere staatliche Aufrüstung herangezogen werden. Mehr noch: Kürzungen bei Einrichtungen für Kinder, Jugendliche und sozial Benachteiligte stehen Milliardenausgaben für die verschiedenen Repressionsorgane gegenüber. Gesellschaftliche Widersprüche sollen durch mehr Strafverfolgung und härtere Strafen, statt durch Prävention „gelöst“ werden.

Verstärkt findet zudem eine tiefgreifende Manipulation der Öffentlichkeit mithilfe der „Totalitarismus-Theorie“ statt. Die Positionen der bürgerlichen Parteien werden als „die Mitte“, als das „objektiv Gute“ dargestellt, das eigentlich gar nicht in Frage gestellt werden kann. Ihnen stünden sowohl links- als auch rechtsradikale bzw. extremistische Positionen gegenüber, die gleichermaßen gegen die Demokratie gerichtet und deshalb gleichermaßen unberechtigt seien. Diese Gleichsetzung ist sachlich absurd und wurde als politische Propaganda, nicht als fundierte Analyse entwickelt. Faschistische und kommunistische Bewegungen werden nach einem simplen Ja/Nein-Schema gleichermaßen als „Feinde der Demokratie“ ausgemacht. Die gegensätzlichen Wesensmerkmale faschistischer und kommunistischer Bewegungen werden dabei geflissentlich übergangen. Diese „Theorie“ dient der Festigung der herrschenden Verhältnisse und der Diffamierung politischer Positionen, die das kapitalistische System in Frage stellen. Neben Kürzungen der Gelder für antirassistische Projekte, staatlich subventionierter antikommunistischer Propaganda, der Relativierung der Gefahr von rechts und der Diffamierung linker und revolutionärer Positionen, nutzt der „Anti-Totalitarismus“ den bürgerlichen Kräften auch im Hinblick auf die staatliche Aufrüstung: Gesetzesverschärfungen werden der Bevölkerung auch oder insbesondere als Mittel zum Kampf gegen Nazis bzw. alle „Extremisten“ verkauft, etwa im Hinblick auf die Verschärfungen im Versammlungsrecht, während sie letztlich dem Vorgehen gegen alle fortschrittlichen Kräfte und der allgemeinen Einschränkung von Freiheitsrechten dienen. Sie stellen zudem einen weiteren Schritt hin zu einem – von rechts gewollten – repressiven Staat dar.

URSACHEN UND HINTERGRÜNDE DER ENTWICKLUNG

Weitreichende Veränderungen im gesellschaftlichen Überbau – also auch im bürgerlichen Staat – sind immer maßgeblich auf sich ändernde Zustände in der ökonomischen Basis der Verhältnisse zurückzuführen. Die staatliche Aufrüstung im Innern findet aktuell also nicht zufällig in einer Phase statt, in der die linken und

MILITARISTISCHE PROPAGANDA

Immer stärker wird versucht, in Schulen, bei Job-Messen oder auf öffentlichen Plätzen das Auftreten des deutschen Militärs alltäglich werden zu lassen. Imperialistische Kriege im Dienste der Profite, die militaristische deutsche Tradition, Gehorsam und Unterordnung sollen bereits an die Jugend als positiv vermittelt werden. Die Auftritte und Propagandainszenierungen stellen jedoch immer auch ein Risiko für die Militaristen dar, da sie durch kleinere Aktionen, wie auch durch größere Mobilisierungen leicht als Bühne für antimilitaristische Positionen verwendet werden können.

revolutionären Kräfte hier vergleichsweise schwach sind, jedoch wirtschaftliche Probleme und daraus resultierende gesellschaftliche Widersprüche (potentiell) zunehmen. Die kapitalistische Krise, die Schwierigkeiten gewinnbringend zu wirtschaften und die Profite zu steigern und die daraus resultierenden regelmäßig und tendenziell vermehrt auftretenden Krisenerscheinungen wie Betriebsschließungen, Massenentlassungen usw. prägen diese Phase des Kapitalismus.

Was die momentane Situation daher deutlich kennzeichnet, sind die Versuche des Kapitals, die Sicherung und Steigerung von Profiten um jeden Preis durchzusetzen, um die kapitalistischen Krisenerscheinungen zu überstehen. Dies findet auf drei verschiedene Arten statt:

Zum einen durch eine Verschärfung der Ausbeutung, d. h. durch Rationalisierungen, insbesondere in Form von Entlassungen und eine Verteilung der Arbeit auf weniger ArbeiterInnen, Lohnkürzungen, Verlängerungen der Arbeitszeit und auch eine Verringerung sonstiger Ausgaben für Steuern und Sozialabgaben, sowie die vermehrte Einstellung von LeiharbeiterInnen, mit weniger Lohn, weniger Rechten usw.

Zum anderen versucht das Kapital, sich Bereiche unter den Nagel zu reißen, die bisher noch nicht (vollständig) nach Profitinteressen ausgerichtet sind und sich dort zu verwerten. Während etwa öffentlicher Verkehr, Stromversorgung und Telekommunikation längst nachInteressen der Kapitalverwertung ausgerichtet sind, werden immer weitere gesellschaftlichen Bereiche selbst der nur formalen öffentlichen oder politischen Kontrolle entzogen. Aktuell ist dies insbesondere im Gesundheitswesen der Fall, aber auch in kleineren Sektoren wie der Bewährungshilfe oder in Gefängnissen, wurde mit ersten Schritten begonnen, sie zu privatisieren.

Neben diesen Bemühungen, die Profite in den Metropolen zu steigern, versucht das Kapital der imperialistischen Staaten auch, sich weltweit Absatzmärkte und Rohstoffe zu sichern. Dies wird einerseits z. B. über den IWF und die Weltbank umgesetzt, die an Regierungen Kredite vergeben, die mit „Strukturanpassungsprogrammen" verbunden sind, die den Unternehmen der Industrienationen gute Rahmenbedingungen in den jeweiligen Ländern schaffen – natürlich auf Kosten der Bevölkerung in den betroffenen Ländern. Die Entwicklung geht aber immer mehr zu direkten militärischen Lösungen, wie in den letzten Jahren z. B. in Jugoslawien, Afghanistan und dem Irak.

Zusammengefasst versuchen die verschiedenen Kapitalfraktionen in der aktuellen Situation vehement und in jedem Bereich, ihre Profite zu sichern, teilweise zusammen, teilweise gegeneinander. In jedem Fall aber mit immer weniger Rücksicht auf die Interessen der Lohnabhängigen. Diese Entwicklung verändert die Situation hierzulande grundlegend. Die kapitalistischen Zentren sind immer weniger das ruhige Hinterland des Kapitals, in denen der Großteil der Klasse der Lohnabhängigen durch einen relativen materiellen Wohlstand zur Kollaboration gewonnen wird. Stattdessen wird das Potenzial für Konflikte größer: ArbeiterInnen, die sich gegen die Angriffe des Kapitals zur Wehr setzen, Sozialproteste gegen zunehmende Verarmung und Kürzungen in den verschiedenen Bereichen, politische Widerstandsbewegungen gegen Aufrüstung und Kriege, linke und revolutionäre Bewegungen und Organisierungen, die die Unzufriedenheit aufgreifen und sich entwickeln usw. Dass es von Regierung und Kapital gelegentlich einzelne Häppchen gibt, die diese Entwicklung verschleiern, bürgerliche Medien sie relativieren und die Angriffe des Kapitals in vielen Fällen noch eher zur Einschüchterung als zum Widerstand der Beschäftigten führen, ändert nichts an den realen Begebenheiten.

Der bürgerliche Staat als Institution, die die Aufgabe hat, die kapitalistische Verwertung und die Macht der Kapitalistenklasse weiter aufrechtzuerhalten muss zwangsläufig auf die sich immer konfrontativer darstellende Situation reagieren und sich auf größere gesellschaftliche Konflikte vorbereiten. Bekanntermaßen verfügt dieser Staat genau hierfür über eine Unzahl an Experten und entwickelten Konzepten. Die genannten Maßnahmen zur Überwachung, Schwächung und Zerschlagung der Kräfte, die den kapitalistischen Interessen entgegenstehen, sind Ausdruck seiner Anpassung an die Verhältnisse.

Es muss dabei für uns jedoch immer klar sein, dass die innere Aufrüstung kein Zeichen der Stärke der Kapitalistenklasse und ihrer Institutionen ist, sondern ein Hinweis auf ihre Probleme. Die Zeiten, in denen sie sich zumindest innerhalb der kapitalistischen Zentren ein relativ ruhiges Hinterland sichern konnten, gehen dem Ende entgegen. Sie stellen sich auf wachsende Konfrontationen ein – wir müssen das ebenfalls tun.

MÖGLICHKEITEN UND NOTWENDIGKEITEN FÜR DIE REVOLUTIONÄRE LINKE

Die Probleme, mit denen wir als revolutionäre Linke durch die Aufrüstung im Inneren zunächst konfrontiert sind und mit denen wir umgehen müssen, sind bekannt: Politische Aktivitäten werden erschwert und teilweise verhindert, die Frustration nimmt dementsprechend bei vielen zu, Motivation und Selbstbewusstsein werden durch den Mangel an erfolgreichen Kämpfen weniger. Selbst die Gefährdung der eigenen Existenz durch drohenden Jobverlust, Knast usw. muss heute schon bei vergleichsweise harmlosen politischen Aktivitäten berücksichtigt werden.

Grundlage dafür, auf die Situation richtig zu reagieren, ist es zunächst, sich der staatlichen Repression nicht anzupassen: die verschiedenen legalistischen Herangehensweisen, die jede Konfrontation vermeiden und die politische Praxis in erster Linie nach den möglichen Bedrohungsszenarien ausrichten, erweisen sich täglich als perspektivlos. Ob im antifaschistischen Kampf, bei Protesten gegen Gipfeltreffen der Herrschenden, bei Sozialprotesten, antimilitaristischen Aktivitäten oder in anderen Bereichen, in denen über die politische Praxis Erfolge erzielt, Erfahrungen gesammelt, MitstreiterInnen gewonnen und Positionen vermittelt werden – wer in Anbetracht des hochgerüsteten Staates nicht bereit ist, kämpferisch zu handeln, hat nicht mehr Erfolgsaussichten als das Kaninchen vor der Schlange.

Wer daraus jedoch schließt, jegliche Berücksichtigung der staatlichen Repressionsorgane, wie der realen Verhältnisse allgemein, sei bedeutungslos, begeht einen ebenso großen Fehler. Die Konfrontation mit dem hochgerüsteten bürgerlichen Staat erfordert von den Kräften, die ihn überwinden wollen zunächst die Absicherung ihrer Strukturen: die Arbeit mit Verschlüsselungsprogrammen, Organisierungen, in die die staatlichen Organe möglichst wenig Einblick haben, Berücksichtigung der Überwachungsmöglichkeiten usw. Dazu sind nicht zuletzt immer wieder Analysen und Einschätzungen der Arbeit der Repressionsorgane,

aber auch die gezielte Nutzung von immer vorhandenen Spielräumen nötig. Darüber hinaus müssen die Widersprüche zwischen einem repressiven Staat und allen fortschrittlichen Kräften aufgegriffen werden: Es gilt die Entwicklungen zu thematisieren und dazu zu arbeiten. Ob gegen die Verschärfungen im Versammlungsrecht, aus Anlass von Angriffen auf linke Mobilisierungen und Strukturen oder bei der Ausweitung der Befugnisse der Repressionsorgane – es gibt stetig Anknüpfungspunkte, die aufgegriffen werden können und müssen. Hierbei sind Bündnisse mit allen fortschrittlichen Kräften, mit denen es möglich ist, ein wichtiges Mittel, um eine breitere Öffentlichkeit zu erreichen, die Aktivitäten effektiver zu gestalten und die Isolierung der linken und revolutionären Kräfte zu überwinden.

Generell ist es aber von Bedeutung, dass wir es im Hinblick auf die innere Aufrüstung weniger mit einer technischen, als mit einer politischen Frage zu tun haben. Ebenso wie sie Teil einer politischen Strategie ist, kann unser Kampf dagegen, über den praktischen Umgang damit hinaus, nur ein politischer Kampf sein. Eine revolutionäre Umgestaltung der Gesellschaft wird eben nicht nur damit zu erreichen sein, dass wir auf technischer Ebene einen Umgang mit der Repression finden oder immer wieder Kampagnen gegen neue Verschärfungen führen, sondern dadurch, dass wir politisch die richtigen Antworten entwickeln. Konkret: der Kapitalismus beruht auf der Ausbeutung und Unterdrückung der Klasse der Lohnabhängigen. Ein entschlossener und organisierter Kampf dieser Klasse bzw. großer Teile von ihr, wird auch mit noch so viel Geheimdiensten, Kameras, Polizei, Militär und Spitzeln nicht aufzuhalten sein. Darauf hinzuwirken, ist die entscheidende Aufgabe der revolutionären Kräfte.

Wie in anderen Bereichen auch, ist es aber nicht möglich, allein durch vereinzelte Gruppen oder durch mehr oder weniger starke Bewegungen den nötigen Aufgaben nachzukommen oder die Möglichkeiten zu nutzen. Der Aufbau einer revolutionären Organisation, die kontinuierliche theoretische und praktische Arbeit, die Verankerung in der Klasse der Lohnabhängigen, die Zusammenarbeit mit anderen fortschrittlichen Kräften und die Unterstützung aller fortschrittlichen und revolutionären Aktivitäten und Organisierungen, ist der Weg, um den aufgerüsteten bürgerlichen Staat zu überwinden.

Wenn wir bei unserem Handeln stetig mit der Gewalt des genannten staatlichen Repressionsapparates konfrontiert werden, darf uns das weder wundern noch verunsichern. Im Gegenteil, zeigt es doch gerade, dass wir auf dem richtigen Weg sind und es zwischen uns und den Kriegstreibern, Sozialabbauern und Ausbeutern keine Gemeinsamkeiten gibt. Wenn sie unsere Aktivitäten angreifen, lernen wir daraus für das nächste Mal und machen es dann besser. Und wenn sie unsere Strukturen zerschlagen bauen wir sie auf einem höheren Niveau von Neuem auf. Sie kommen immer nur soweit, wie wir sie lassen – je besser wir uns organisieren, je konsequenter wir unseren Kampf führen, je mehr Ausdauer und Verbindlichkeit wir beweisen, desto schneller werden wir der kapitalistischen Barbarei ein Ende bereiten.

ZUR GESCHICHTE STAATLICHER REPRESSION IN DER BRD

Mit der Gründung der BRD konnte bereits kurz nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges wieder ein deutscher Staat in das imperialistische Lager integriert werden. Im Sinne der „containment-Politik“ (dt. Eindämmungspolitik) sollte der Einfluss der Sowjetunion und der internationalen kommunistischen Bewegung zurückgedrängt werden. In der BRD wurde der Antikommunismus wieder zur Staatsideologie. Während viele Nazis in der BRD unbehelligt blieben und ihre Karriere fortsetzen konnten, wurde die linke Bewegung und die Bewegung gegen die Remilitarisierung der BRD mit massiver Repression überzogen. Im Jahr 1951 wurde ein politisches Strafrecht (§84 ff. Gefährdung des demokratischen Rechtsstaates) eingeführt, mit dem die Gesinnung als Straftatbestand verfolgt werden konnte. Dieses Gesetz ähnelte in großen Teilen jenen NS-Staatsschutzvorschriften, die die Alliierten nach dem Zweiten Weltkrieg gerade erst aufgehoben hatten. 1952 wurde der erste politische Mord seit dem Faschismus an Philipp Müller, der an einer Demonstration gegen die Remilitarisierung teilgenommen hatte, verübt. 1956 wurde die KPD verboten. In den 50er und 60er Jahren wurden Ermittlungsverfahren gegen 150.000 Menschen eingeleitet, die unter „Kommunismusverdacht“ gestellt wurden. Auch das Verbot politischer Streiks war eine Antwort auf klassenkämpferische Strömungen im DGB.

Mit der Studierendenbewegung begann eine neue Phase intensiver Repression, in der der Staat wiederum sein Arsenal von Aufstandsbekämpfungsmaßnahmen weiter ausbaute. 1968 wurden die Notstandsgesetze verabschiedet. Durch den so genannten Radikalenerlass wurden Berufsverbote durchgesetzt. Gefangene aus der RAF wurden Isolationsfolter ausgesetzt. Eine Killfahndung nach mutmaßlichen RAF-Mitgliedern fand statt. 1976 wurde der §129, „Bildung einer kriminellen Vereinigung“, um den §129a, „Bildung einer terroristischen Vereinigung“ erweitert. Alle diese Maßnahmen waren Reaktionen des Staates auf die sich radikalisierenden Bewegungen und bewaffneten Kämpfe in der BRD. Dadurch sollten politische Bewegungen behindert und revolutionäre Strukturen zerschlagen werden. Auch heute nimmt die staatliche Repression wieder zu. Nach den Anschlägen vom 11. September 2001 wurde eine Reihe von Verschärfungen vorgenommen. 2002 wurde der §129b eingeführt, der sich gegen die Unterstützung im Ausland tätiger „terroristische Vereinigungen“ richtet.

In den letzten Jahren lassen sich wieder neue Ansätze von außerparlamentarischen Bewegungen in vielen Bereichen beobachten – und mit ihnen auch Aktionen außerhalb des gesetzlichen Rahmens. Die neue Zunahme staatlicher Repression lässt sich auch in diesem Zusammenhang erklären. Hinzu kommen die zunehmend krisenhafte Entwicklung des Kapitalismus und die sich daraus ergebenden gesellschaftlichen Widersprüche, die für die Herrschenden potentiell eine Gefahr darstellen.



Informationen im Internet zu spezifischen Bereichen der staatlichen Repression:
Rote Hilfe: www.rote-hilfe.de
Netzwerk für die Freiheit der politischen Gefangenen: www.political-prisoners.net
Bündnis für Versammlungsfreiheit Baden-Württemberg: www.versammlungsrecht2009.tk



Selbstverständnis

Anfang 2010 haben sich verschiedene Organisationen zusammengefunden, die das gemeinsame Ziel verfolgen, eine klassenkämpferische und revolutionäre Theorie und Praxis zu entwickeln. Ein erster Anlass bestand darin, zum Thema Antimilitarismus zu arbeiten. Dabei wollen wir es aber nicht belassen, sondern versuchen, eine längerfristige bundesweite Zusammenarbeit zu organisieren. Die Vernetzung soll dazu beitragen die Zersplitterung der revolutionären Linken in der BRD zu verringern. Wir wollen auch dazu beitragen, die Zusammenarbeit von in Deutschland lebenden RevolutionärInnen aus verschiedenen Ländern zu stärken. Wir sind in verschiedenen Bereichen aktiv: unter anderem gegen imperialistische Kriege, gegen Faschismus, im Bildungs- und Schulstreik, bei Sozialprotesten, Arbeitskämpfen und gegen staatliche Repression.

Die Gruppen eint, trotz der vorhandenen Unterschiede in der Herangehensweise, der Kampf für den Kommunismus. Unser Ziel ist eine Gesellschaft, in der die Produktionsmittel nicht länger im Besitz einer Minderheit sind, die sich den Mehrwert aneignet und so die Lohnabhängigen ausbeutet. Die Perspektive liegt in einer kommunistischen Gesellschaft, in der die Produktion nicht dem Profit, sondern den Bedürfnissen dient und die Herrschaft des Menschen über den Menschen abgeschafft ist. Diesem Ziel kommen wir nicht näher, wenn wir vereinzelt kämpfen. Deshalb müssen wir uns organisieren. Für den revolutionären Kampf ist es außerdem notwendig, dass wir die theoretische mit der praktischen Arbeit auf Basis eines proletarischen Klassenstandpunkts verbinden. Reine Theorie bleibt nur abstrakte Kritik, reine Praxis bleibt ziellos.

In der internationalen Solidarität mit den fortschrittlichen und revolutionären Kräften in aller Welt, dem organisierten Klassenkampf und einer Perspektive jenseits der kapitalistischen Macht- und Eigentumsverhältnisse liegt unsere Chance.

Für einen revolutionären Aufbauprozess!
Für den Kommunismus!

BETEILIGTE ORGANISATIONEN:

ADGH – Demokratische Jugendbewegung in Europa
Antifaschistische Revolutionäre Aktion Berlin
KGÖ Europakomitee
KPD / Roter Morgen
Marxistische Aktion Tübingen
MLKP Deutschlandkomitee
Projekt Revolutionäre Perspektive Hamburg
Revolutionäre Aktion Stuttgart
Revolutionäre Perspektive Berlin
Rote Antifa NRW
Rote Szene Hamburg
Sozialistische Linke Hamburg


Eine gemeinsame Broschüre von:
ADGH – Demokratische Jugendbewegung in Europa
Antifaschistische Revolutionäre Aktion Berlin
KGÖ Europakomitee
KPD / Roter Morgen
Marxistische Aktion Tübingen
MLKP Deutschlandkomitee
Projekt Revolutionäre Perspektive Hamburg
Revolutionäre Aktion Stuttgart
Revolutionäre Perspektive Berlin
Rote Antifa NRW
Rote Szene Hamburg
Sozialistische Linke Hamburg
OMMUNISMUS